

JAHRESBERICHT



1997

- 4 Natur und Landschaft
- 8 Landwirtschaft
- 10 Energie
- 11 Verkehr
- 15 Gewässer
- 16 Gesellschaft
- 21 Sport und Freizeit
- 22 LGU-Geschäftsstelle
- 25 Vorstand
- 26 Mitglieder
- 27 Jahresrechnung 1997

Herausgeberin:

Liechtensteinische Gesellschaft
für Umweltschutz (LGU)

Im Bretscha 22

FL-9494 Schaan

Tel 075-232 52 62

Fax 075-237 40 31

Redaktion: Regula Imhof

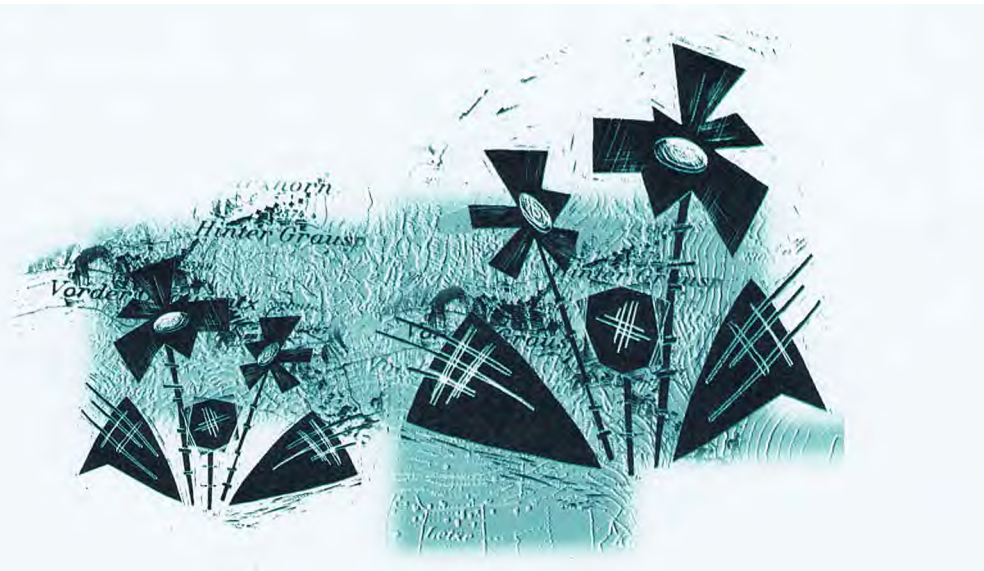
Das Jahr 1997 war für die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz vor allem geprägt von den Themen Verkehr und Gentechnologie und den Schwierigkeiten im Vollzug des neuen Naturschutzgesetzes. • Zahlreiche Personen äusserten sich das ganze Jahr hindurch zum Thema Letzetunnel, und es wurde klar, dass aus Liechtensteinischer Sicht keine Massnahme befürwortet werden kann, die Mehrverkehr bringt. Es liegt am Geschick der Regierung, den österreichischen PolitikerInnen verständlich zu machen, dass eine Massnahme mit derartigen Auswirkungen auf den Nachbarn nicht ohne dessen Einwilligung durchgesetzt werden kann. • Was in anderen Ländern seit Monaten ein Hauptthema der Umweltpolitik ist, wird in Liechtenstein gerade erst aktuell: die Gentechnologie. Mit dem Umweltbericht zum Thema und der Gentech-Petition haben wir versucht, diese Diskussion in Liechtenstein zu lancieren und hoffen für das Jahr 1998 auf konkrete Schritte der Regierung.

- Die Schwierigkeiten im Vollzug des neuen Naturschutzgesetzes äusserten sich 1997 vor allem im ersten Beschwerdefall zum Ausbau der Sportanlage Vaduz. Die LGU entschloss sich anfangs Jahr diese Beschwerde einzureichen und auch durchzuziehen, um die Wirkungskraft des Gesetzes ein erstes Mal durchzuspielen. Durch diesen ersten Beschwerdefall konnten einige Unklarheiten des Gesetzes beseitigt werden. Doch steht für den Vollzug des Gesetzes noch einiges an Arbeit und Diskussionen bevor.
- Wir danken allen, die uns in diesem Jahr unterstützt haben und freuen uns ein weiteres Jahr für die Erhaltung der Lebensgrundlagen in Liechtenstein zu leisten!

Regula Imhof
Geschäftsführerin der LGU

Schaan, 6. Mai 1998

Das Jahr 1997 war betreffend des neuen **Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft** sehr intensiv. • Nach mehreren Nachfragen, wann und wie das neue Beschwerderecht für Nichtregierungsorganisationen im Verfahrensablauf zu gebrauchen sei, auf die wir weder von Amts- noch von Regierungsseite eine Antwort erhielten, reichten wir im Januar die **erste Beschwerde** bei der Regierung ein. Auch bei der zweiten Einreichung im gleichen Fall wies die Regierung, diesmal im Baubewilligungsverfahren, die Beschwerde aus formellen Gründen zurück. Im August kürzte die Gemeinde Vaduz der LGU den Jahresbeitrag von CHF 5'000.— auf 200.—. Die LGU zog im September ihre Beschwerde an die Verwaltungsbeschwerdeinstanz



(VBI) weiter. Im November fällt dann die VBI ihren Entscheid, indem sie für Teilbereiche des Gesetzes Klarheit schaffte. So muss in Zukunft, falls es sich beim geplanten Projekt um einen Eingriff in Natur und Landschaft handelt, parallel zum oder vor dem Baubewilligungsverfahren, ein Verfahren gemäss Naturschutzgesetz ablaufen, das ebenfalls in einer Bewilligung oder allenfalls in einer Ablehnung des Gesuches mündet. Im Dezember fand eine gemeinsame Pressekonferenz der Gemeinde Vaduz und der LGU statt, an der die erarbeitete Lösung (Ersatzmassnahmen etc.) gemeinsam vorgestellt wurde. Bei dieser ersten Beschwerde ging es im wesentlichen um den Vollzug des Naturschutzgesetzes (Abwägung, Ersatzmassnahmen etc.) die Klärung des Verfahrens (Bewilligung, Beschwerderecht etc.) und inhaltlich um eine Magerwiese, die Teil des Naturvorrangflächeninventars ist. Sowohl bezüglich Vollzug als auch in bezug auf das Verfahren konnten mit dieser ersten Beschwerde bei weitem nicht alle Unklarheiten beseitigt werden, was eine noch intensive Arbeit aller Beteiligten (Land, Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen etc.) in den nächsten Monaten bedeuten wird. Die LGU blieb bis Ende 1997 die einzige beschwerdelegitimierte Nichtregierungsorganisation. • Zum Thema Beschwerderecht, Naturvorrangflächeninventar und generell zum Naturschutzgesetz fand im November eine **Rampenlicht-Diskussion** bei Radio L statt. Teilnehmer waren der Regierungschef Mario Frick, Bürgermeister Karlheinz Ospelt, Mario Broggi und für die LGU Regula Imhof. An dieser Diskussion ging es vor allem um den Vollzug des-Gesetzes, die vorgefallenen Ereignisse über den Sommer und die unterschiedlichen Rollen von Land, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen.

- Das 30. **Jahrestreffen der nationalen Umweltagenturen** am "Centre Naturopa" in Strasbourg im Mai dieses Jahres fand erstmals zu einem konkreten

Thema statt. So waren der Einbezug der Medien in Umweltkampagnen, die Verwendung von Internet im Umweltbereich und die Aktion "Junge Reporter für Europa" interessante Schwerpunkte. Regula Imhof vertrat Liechtenstein an diesem Treffen wie bereits die letzten beiden Jahre. • In diesem Jahr fanden zwei Sitzungen der **Naturschutzkommission** der Regierung statt. Barbara Rheinberger wird die LGU in dieser Kommission erneut für vier Jahre vertreten. Themen waren unter anderem die zukünftigen Aufgaben der Kommission durch das neue Naturschutzgesetz, der illegale Brückenbau im Saminatal, das Gesuch um Verbreiterung des Pistenweges im Bereich Kuhloch, Sareis, Ziegen im Berg- und Alpengebiet, Bootsfahrten auf dem Binnenkanal, Differenzen zwischen Jagd und Landwirtschaft, der Helikopterlandeplatz in Balzers, die Kleinviehweide auf extensiv genutzten Flächen, etc. • Die **Magerwiesenkommission** tagte zweimal und beschäftigte sich vor allem mit der Rheindammaussenseite, den Magerwiesen auf Masescha, diversen Flächen in Balzers, dem Bodentausch in Balzers und der Kontrolle der Bewirtschaftung. Vertreterin der LGU in der Magerwiesenkommission ist ebenfalls Barbara Rheinberger. • Im **Bannriet** waren 1997 drei Tauschhandlungen im Gang. Dazu wurden zum Tausch vorgesehene Parzellen im Jörlismad in Nendeln neu vermessen und verschiedene Gespräche geführt. Ende Jahr standen im Bannriet 38,5% der Streuflächen unter Magerwiesenvertrag, 19,2% waren von der LGU gepachtet, 26% gekauft und 8,1% getauscht worden. Lediglich 8,2% der Streuflächen sind bis jetzt ungeschützt. • Im September fand auf Einladung des Amtes für Wald, Natur und Landschaft eine Sitzung zum Thema **Ruhezonen** statt. Die Geschäftsführerin nahm für die LGU an der Sitzung teil, die zum Ziel hatte, die Einrichtung von Ruhezonen nach Art. 23 des neuen Naturschutzgesetzes zu

diskutieren. Es wurden Nutzungskonflikte und Handlungsbedarf besprochen. Alle TeilnehmerInnen wurden aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Die LGU stellte fest, dass die Zielformulierung noch zu unklar ist und schlägt vor, sowohl Ruhezeiten für das Wild, als auch ruhige Erholungszeiten für den Menschen

auszuscheiden. In diesen Zonen soll vor allem mit Besucherlenkung und weniger mit Verboten gearbeitet werden. Die Ausgestaltung der Zonen muss gemeinsam erarbeitet und die Kontrolle sichergestellt werden. Mögliche Gebiete sind das Saminatal mit Zigerberg und Garselli, Mittagsspitz, Lidaspitz, Alpila Lawenatobel etc.



Im Zusammenhang mit der Umnutzung des Aussiedlerhofes von Xander Frick im Schaaner Grossriet als Tierklinik und Reitstall veröffentlichten wir in den Mitteilungen einen **Beitrag zur Problematik der Aussiedlerhöfe im aktuellen Zeitgeist**. Die Hauptaussage bestand im Vorschlag den Betrieb nicht von seinem Zweck zu entfremden, sondern vielmehr in einen Biobetrieb umzuwandeln. Die Zunahme der Störungen durch die eintretende Zweckentfremdung wird auf das gesamte Riet enorm sein — sei dies durch die Verkehrszunahme (das Schwarze Strässchen wird ohne radikale Verkehrsregelung schleichend zu einer dritten Nord-Süd-Achse), durch zusätzliche Abwässer und Abfälle, die entsorgt werden müssen, Lärmeinwirkungen durch den Betrieb der Reitanlage und des Tierspitals und das sehr wahrscheinlich ebenfalls dorthin verlegte Tierheim, sowie durch die verstärkte Zersiedelung an sich. • Zum Thema "**Kleinviehweide auf extensiv genutzten Flächen und wenig intensiv genutzten Wiesen**" fanden 1997 zwei Sitzungen auf Einladung des Amtes für Wald, Natur und Landschaft statt, an denen die LGU durch die Geschäftsführerin vertreten war. Es ging dabei um den Konflikt zwischen der Extensivierung von landwirtschaftlichen (Rand-) Flächen und der dadurch eintretenden Verringerung von Weideflächen für Kleinvieh. Aus diesen Sitzungen entstand der Vorschlag für einen Pilotversuch mit dem Ziel, die Frage zu beantworten, ob die Kombination der Herbstweide durch Kleinvieh und der Extensivierung bestimmter Flächen denkbar ist. Aus Sicht der LGU ist dieser Versuch grundsätzlich ein gangbarer Weg, wobei der Knackpunkt, nämlich ob die notwendige Kontrolle gewährleistet werden kann, durch einen solchen Versuch nur beschränkt Beantwortung finden wird.





Auch in diesem Jahr vertrat Regula Imhof die LGU in der **Energiekommission**. Die Kommission befasste sich mit der Förderung diverser Anlagen nach dem neuen Energiespargesetz, dem Tanklager Forst, dem Binnenkanal- Wasserkraftwerk, Vergärung von Biomasse zur Gewinnung von Biogas in Liechtenstein (die LGU war auch in einer zusätzlichen Arbeitsgruppe zur Beurteilung einer Biogasanlage für Liechtenstein vertreten), der Petition zur kostendeckenden Vergütung von Solarstrom und offenen Fragen im Vollzug des Energiespargesetzes. • Zum Thema **Binnenkanal - Wasserkraftwerk** schlug die LGU vor die für das Kraftwerk notwendigen Finanzmittel in Stromsparmassnahmen und die Förderung anderer erneuerbarer Energien zu stecken, da beim Bau des Kraftwerks Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen (Stellungnahme der LGU im Jahresbericht von 1996 und den Mitteilungen Nr. 40, Oktober 1997). • Wie bereits seit der Gründung der **Solargenossenschaft** im Mai 1992 leistete ihr die LGU auch dieses Jahr finanzielle Unterstützung. Die Solargenossenschaft lud im August den Autor des Buches "Die Globalisierungsfalle" Herrn Hans-Peter Martin zu einem Vortrag nach Vaduz ein, den die LGU ebenfalls unterstützte. • Die Realisierung des bereits 1995 durch die Regionalgruppe der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie angeregten Sonnenweges wurde dieses Jahr "Wirklichkeit". Die LGU war an der Vorbereitung beteiligt. Im März wurde der **Sonnenweg Liechtenstein - Werdenberg** offiziell eröffnet. In einer Broschüre ist der Weg mit den Standorten der 20 Anlagen beschrieben. • Im Juni beteiligte sich die Geschäftsführerin an einem Workshop zu "Energiesparaktionen — individuelles Energiesparen".

Das Jahr 1997 stand, auf den Verkehr bezogen, für die LGU unter dem Stichwort "Letzetunnel". Mit dem Thema Letzetunnel ist auch eine intensive und exemplarische Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verkehrsinitiativen, Gremien und Parteien aus Liechtenstein, aber auch aus der Schweiz (v.a. Kanton St. Gallen) und Vorarlberg verbunden. Es ist wohl das Thema, an dem eine gute Zusammenarbeit über die Grenzen am eindrucklichsten nachvollzogen werden kann. • Seit der Gründung der "**Plattform gegen den Letzetunnel – für eine Verkehrspolitik mit Zukunft**" im Mai 1996 befasst sich die LGU mit der Koordination der Aktionen und organisiert die regelmässigen Treffen (Protokollführung, Erstellung von Flugblättern, Pressearbeit, etc.). • Im Januar organisierten die LGU, der VCL und die Plattform zusammen eine überparteiliche **Diskussionsveranstaltung zur Verkehrsproblematik im Liechtensteiner Unterland**. Dazu waren alle LandtagskandidatInnen (Wahlen waren im Februar) eingeladen und aufgefordert, ihre Lösungsmöglichkeiten für die Unterländer Verkehrsprobleme unter den Rahmenbedingungen der prognostizierten Verkehrszunahme und speziell einer Verbindung der Europastrassen E43 und E60 durch einen Letzetunnel zu präsentieren. Es diskutierten an diesem Abend 19 der 26 KandidatInnen mit rund 100 Interessierten. Unter ihnen befanden sich auch mehrere VertreterInnen der Gemeinde Mauren und der Gemeinde Frastanz. • Die Plattform gab anfangs Jahr eine **Studie mit der Aufgabenstellung "Die Auswirkungen des Letzetunnels auf Schaan und das Unterland sowie auf die alpenquerenden Verkehrsströme" in Auftrag**. Die Studie kam zum Resultat, dass die Verkehrsproblematik im Rheintal und speziell diejenige von Feldkirch weder mit, noch ohne den Letzetunnel zu lösen sei, sondern nur durch ein neuerliches Aufgreifen der Verkehrs- und Strukturplanung

in Kooperation aller beteiligten Gebiete und Länder (Vorarlberg, Liechtenstein, St. Gallen); Sie prognostiziert für das Liechtensteiner Unterland mit dem Bau des Letzetunnels (und selbst wenn die S18 ebenfalls gebaut würde) wesentlich mehr Verkehr, als wenn der Letzetunnel nicht gebaut würde. • Die **Gründung von TRANS-FORM** fiel in den April. TRANS-FORM ist ein Verein mit der Zielsetzung, die regionale Zusammenarbeit innerhalb des Alpenrheintals im weitesten Sinne auf der Grundlage der allgemein festgelegten Zielsetzungen der Alpenkonvention zu fördern. Die Geschäftsführerin ist eines von 15 Vorstandsmitgliedern des grenzüberschreitenden Vereins mit Mitgliedern aus der Schweiz, Vorarlberg, Süddeutschland und Liechtenstein. Aus Liechtenstein sind ebenfalls Adolf Ritter und Anna Maria Marxer im Vorstand vertreten. Seit der Gründung im April trifft sich der Vorstand regelmässig zum Informationsaustausch und zur Planung von Aktionen. • Im Juni fand die zweite Veranstaltung zum Thema Letzetunnel statt. Sie befasste sich mit den **"Gestaltungsmöglichkeiten Liechtensteins im grenzüberschreitenden und lokalen Verkehr"**. An dieser Podiumsdiskussion wurden einerseits die Resultate der erwähnten Studie vorgestellt und andererseits eine Diskussion mit dem Maurer Vorsteher Johannes Kaiser, Hans-Kaspar Schiesser vom VCS, Walter Molt vom Süddeutschen Institut für nachhaltiges Wirtschaften und Ökologistik und Adolf Ritter als Vertreter der Arbeitsgruppe Verkehrsprobleme Unterland zu den Gestaltungsmöglichkeiten geführt. Auch an diesem Abend fanden sich rund 100 Interessierte im Maurer Gemeindesaal ein. • Eine wiederum gemeinsame Aktion von LGU, VCL, der Arbeitsgruppe Verkehrsprobleme Unterland, der Plattform, sowie der Gemeinde Mauren fand im September aus Anlass des autofreien Sonntages statt. Das **grenzüberschreitende Strassenfest** beim Zollamt in Schaanwald/Tisis

lockte weit über 100 Personen an, die sich entweder an der Diskussion zu Verbesserungsmöglichkeiten des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs mit Verkehrsminister Norbert Marxer, Martin Hemmerle vom Postautodienst, Renate Bachmann von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer und dem Postautohalter Ivo Matt beteiligten, die Ausstellung zur Verkehrsproblematik anschauten, sich über

- vollautomatische Verkehrssysteme informierten oder die einfach Wurst und Brot,



Kaffee und Kuchen oder ein Glas Wein genossen. • Ebenfalls im September machte der Fachausschuss Alpenkonvention von CIPRA Österreich einen **Lokalausweis** zum Thema Letzetunnel. Vertreten waren auch das Ministerium durch Ministerialrat Höfler und die Länder durch Erwin Graze aus Kärnten. Die Geschäftsführerin gestaltete in diesem Zusammenhang einen Überblick der Problematik an Ort und Stelle und garantierte die organisatorische Abwicklung auf der Liechtensteiner Seite, sowie die begleitende Pressearbeit. • Noch im gleichen Monat fand auch ein **Gespräch zwischen den fünf Unterländer Vorstehern** und der CIPRA Liechtenstein, vertreten durch Josef Biedermann und Regula Imhof, statt. Das Ziel war es, die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen der Unterländer Gemeinden bezüglich Letzetunnel abzuklären. • Noch im Dezember dieses Jahres **trafen sich Vertreterinnen der Plattform mit Bundeskanzler Viktor Klima**. An diesem Treffen in Wien übergaben sie ein Schreiben mit der Aufforderung, gemäss seinen Aussagen bei seinem Besuch in Liechtenstein, den Letzetunnel weiterhin abzulehnen und mit der Bitte, sein politisches Gewicht verstärkt für eine zukunftsweisende, gesamtregionale Lösung des Verkehrsproblems rund um Feldkirch, einzusetzen. • Im Rahmen von **"Initiative Transport Europe" (ITE)** fanden 1997 zwei Sitzungen statt. Die eine im Vorfeld der Internationalen Transittagung in Innsbruck und die andere in Zürich. An diesen beiden Sitzungen wurde versucht das Engagement (regelmässige Rundfaxe, Organisation einer internationalen Tagung pro Jahr, internationaler Transittag etc.) zu festigen. Regula Imhof vertritt Liechtenstein bei ITE. • In der **Arbeitsgruppe Verkehrsprobleme Liechtensteiner Unterland** war die LGU weiterhin durch Hans Frommelt vertreten.

An der alljährlichen **Kanalbegehung** nahm Barbara Rheinberg er teil, an der **Rheinwahrbegehung** Regula Imhof. • Der **Fischereibeirat** traf sich zu zwei Sitzungen, an denen Revitalisierungsprojekte, das fischereiökologische Konzept, Aktualitäten wie bspw. der Kormoranbestand, Projekte zu Kanalkraftwerken,

Bootsfahrten auf dem Binnenkanal, Ergebnisse des Laichfischfanges etc. besprochen wurden.

- Die LGU ist weiterhin in der **Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung** vertreten.

- Der **Vorbereitungskurs "Natur- und Umweltschutz" für die Fischereiprüfung** wurde auch dieses Jahr von der LGU gestaltet.



Der Vorstand führte gegen Ende des Jahres zur **Überarbeitung des Grünbuches** von 1987 Sondersitzungen und eine Klausurtagung durch. • Noch 1996 starteten wir, wie 23 andere Länder, die **Klimapetition** in Liechtenstein. Diese Petition fordert von den jeweiligen Regierungen Solidarität mit jenen, die die Folge einer Klimaveränderung als erste zu spüren bekommen. Anfang März 1997 fand in Bonn ein Treffen von LändervertreterInnen statt, an dem der Ablauf der Aktion in den einzelnen Ländern verglichen und die Unterschriften zur weiteren Bearbeitung

in Kyoto übergeben wurden. In Liechtenstein bejahten prozentual zur Bevölkerung am meisten Menschen die Ziele der Klimapetition, die damals an der LIHGA von CIPRA Liechtenstein lanciert wurde. Der Landtag überwies die Petition einheitlich an die Regierung zur weiteren Behandlung.

- Die LGU war in der **Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Deponiekonzeptes und des Konzeptes zur Wiederverwertung des Bauschuttes** wie schon 1996 durch Regula Imhof vertreten. Die Arbeitsgruppe kam 1997 einmal zusammen und befasste sich vor allem mit möglichen Szenarien für Triesenberg, und der Datenauswertung über den Ist-Zustand der Deponien in Triesenberg, Vaduz, Triesen und Balzers.
- An der **Rampenlicht-Diskussion** im Radio L zum Thema "Altlasten" beteiligte



sich für die LGU die Geschäftsführerin. Ziel war es, den Stand der Sanierung der Altlasten in Liechtenstein zu skizzieren und über ein mögliches Vorgehen zu diskutieren. Gesprächspartner waren der Balzner Vorsteher Othmar Vogt, Urs Hanselmann, Bürgermeister von Buchs, Egon Weishaupt vom Amt für Umweltschutz in Vaduz und ein Vertreter des Amtes für Umweltschutz des Kantons St. Gallen. • Der **Vortragszyklus** "Bauökologie - ganzheitliches Bauen und Renovieren - Gesund wohnen" wurde an sechs Abenden zu Beginn des Jahres durchgeführt. Der Zyklus wurde gemeinsam von der LGU, vom Liechtensteinischen Ingenieur- und Architektenverband, der Liechtensteinischen Ingenieurschule und Frau Marie Fischer organisiert. Die Vortragsreihe zu den Schwerpunkten der Umweltaspekte von Baumaterialien und -Produkten, dem Raumklima, Wohngiften, Bauschäden an der Gebäudehülle, der Haustechnik und der Energie im Hausbau stiess auf ein sehr gutes Echo. So waren jeden Abend zwischen 50. und 100 interessierte BauherrInnen, GemeindevertreterInnen, PlanerInnen und StudentInnen anwesend. • Hans Frommelt vertrat die LGU in der **Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Baugesetzes**. • Im Rahmen der Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die EWR-Gesetzesnormen fand die Vernehmlassung zum **Gesetz über den Umgang mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Organismen statt**. Die LGU verwies in ihrer Stellungnahme darauf, dass der KonsumentInnenschutz in jedem Fall wirtschaftlichen und/ oder wissenschaftlichen Interessen vorzuziehen sei. Ebenfalls bemerkte sie, dass das Gesetz zu wenig demokratische Einflussmöglichkeiten für die Bevölkerung gewährleistet und dem ethisch-moralischen Element zu wenig Gewicht beimass. Der dritte wichtige Punkt waren die Schwierigkeiten des Vollzuges für ein kleines Land wie Liechtenstein.

Mit den vorhandenen personellen Kapazitäten ist das Gesetz nicht vollziehbar. Zu diesen Punkten schlugen wir konkrete Gesetzesänderungen vor. Der **Umweltbericht** behandelte ebenfalls das Thema Gentechnologie und insbesondere die Macht der KonsumentInnen, die Zusammenhänge mit Biodiversität und Nachhaltigkeit, das ethische Element und die Landwirtschaft. Er porträtierte drei Unternehmen darunter die Hilcona, die sich explizit zur Gentechnologie äusserten. Als wir den Umweltbericht publizierten, starteten wir gleichzeitig die **Gentech - Petition** mit vier Forderungen. Sie bezogen sich auf ein Freisetzungsverbot in Liechtenstein, die Kennzeichnung für gentechnisch veränderte Produkte, den Erhalt eines konventionellen Marktes in Liechtenstein und ein Verbot für die Patentierung von Leben. Die Gentech-Petition wurde im Dezember dem Landtag mit rund 1150 Unterschriften übergeben, welcher dieser zur Bearbeitung an die Regierung weiterleitete. **Zum Thema Gentechnologie** fand im September eine **Rampenlicht-Diskussion** bei Radio L statt, an der die LGU durch Regula Imhof vertreten war.

- Im Rahmen der Umsetzung der Alpenkonvention auf Gemeindeebene ist Regula Imhof nationale Projektbetreuerin des CIPRA-Projektes "**Allianz in den Alpen**". Die Gemeinde Schaan war die erste Gemeinde Liechtensteins, die an diesem internationalen Projekt beteiligt ist und bereits auf Ende 1996 Richtlinien für die Umweltpolitik erstellte, welche durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurden. Im April stellte die Gemeinde ihr Programm vor und im September wurde in Bovec, Slowenien das Netzwerk als Verein konstituiert und in die Hände der Gemeinden gelegt.
- An der diesjährigen **CIPRA - Jahreskonferenz** in Bovec zum Thema "Alpen-Gemeinde-Nachhaltigkeit" nahmen für die CIPRA Liechtenstein die Präsidentin und die Geschäftsführerin der LGU teil.
- Im Juli dieses Jahres fand



erstmal eine **Ökologie- und Forschungswoche** in Liechtenstein statt. Die Woche war ein Gemeinschaftswerk mit der Verwaltungs- und Privatbank. 13 SchülerInnen lernten in dieser Woche zu Fuss, mit dem Velo oder dem Bus ihre Mitwelt in Liechtenstein besser kennen. Begleitet von Experten befassten sie sich mit Gewässern, Archäologie, der Jagd, dem Wald, Umwelttechnologie, einer gesunden und ökologisch sinnvollen Ernährung und weiteren Themen. • Die LGU war massgeblich an der Organisation der **Tagung "Zukunft? Reisen? Zukunft!"** beteiligt. An dieser trafen sich für drei Tage rund 15 TourismusexpertInnen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein. Es ging dabei um Visionen für den Alpentourismus und eine Neuorientierung im integrativen Tourismus und der Tourismuskritik. • Gegen Ende 1997 intensivierten sich die **Vorbereitungen für das 25-jährige Jubiläum der LGU von 1998**. Insbesondere für die Projekte "Impulsprogramm Regionalentwicklung" und das Multimedia-

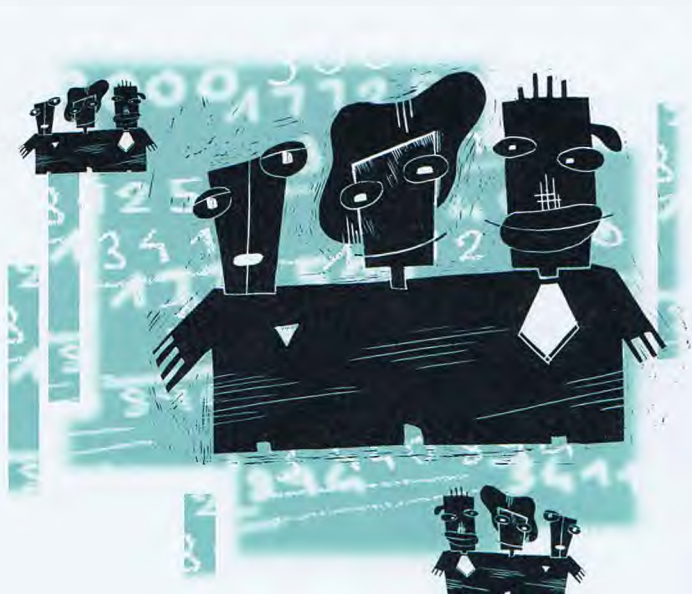
projekt wurden Abklärungen getroffen, Gespräche geführt und Diskussionsgrundlagen erstellt. • In Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das **Jubiläum 300 Jahre Unterland** nahmen wir Kontakt mit der zuständigen Geschäftsführung auf, um die Möglichkeit für Projekte im Umweltbereich abzuklären und machten dazu einen Vorschlag. Sämtliche Varianten wurden allerdings im Laufe der Vorbereitungen abgelehnt. • An den **alpenpolitischen Kulturtagen Thuisis** im September vertrat die Geschäftsführerin die CIPRA auf einem Podium bezüglich Kulturprotokoll der Alpenkonvention.



Die **Kleinstaatenspiele** von 1999 rücken näher.

In der Zielsetzung für die Spiele wird darauf verwiesen, dass die Spiele den organisatorischen, ökologischen und ökonomischen Erfordernissen vollauf entsprechen sollen. Regula Imhof überarbeitete und konkretisierte 1997 das vorgängig erstellte Umweltkonzept, in das auch die Erkenntnisse der Tagung zur umweltschonenden Organisation von Sport- und Freizeitveranstaltungen einfließen. Es fanden zwei Sitzungen des Organisationskomitees statt und auch bereits

Gespräche mit anderen Ressorts. • Wie jedes Jahr häufen sich im Sommer die **Bootsfahrten auf dem Binnenkanal**. Diese Freizeittätigkeit hat Auswirkungen auf die Umwelt, vor allem durch Lärm und die Störung der Fisch- und Vogelfauna. Die LGU ist aber dennoch nicht der Meinung, dass Bootsfahrten auf dem Binnenkanal verboten werden sollten, sondern vielmehr diese bei massgebenden Störungen zeitlich und/oder räumlich zu begrenzen. Um auf die Problematik aufmerksam zu machen, wurden diese Bootsfahrten in den Mitteilungen thematisiert.



Die Sekretariatsstelle der Geschäftsstelle war durch einen doppelten Wechsel gekennzeichnet. Seit Mai 1996 ist die Sekretariatsstelle der Geschäftsstelle verstärkt nach Bern verlegt. Nachdem uns Frau Andrea Hofer im Frühling aufgrund eines Wohnortswechsels

nach Bern verliess, führte Frau Claudia Sele in ein gutes halbes Jahr die Sekretariatsstelle weiter, bevor sie einen Auslandeinsatz für der LED annahm. Wir danken beiden für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Seit Dezember 1997 ist Frau Lydia Juen bei der LGU tätig. Ihre Aufgaben sind die Mitgliederbetreuung, die Adressverwaltung, die Buchhaltung, die Protokollführung an den Vorstandssitzungen und allgemeine Sekretariatsarbeiten. Die Geschäftsstelle war jeweils Vormittags und zusätzlich drei Nachmittage der Woche besetzt und verfügte über ein Arbeitspensum von 120 %. Die Sekretariatsstelle wird weiterhin durch eine grosszügige Spende finanziert. • Wie schon seit der

Gründung von CIPRA-Liechtenstein im Februar 1991 führte die Geschäftsstelle der LGU die Geschäfte der CIPRA-Liechtenstein. Die CIPRA-Liechtenstein traf sich drei Sitzungen, an denen sie unter anderem auch eine Standortsbestimmung machte. Die CIPRA Liechtenstein bleibt weiterhin ein loser Zusammenschluss, der sich zur

Informationsaustausch trifft und bei Bedarf auch gemeinsame Interessen vertritt. Am ersten Märzwochenende vertrat die Geschäftsführerin die CIPRA Liechtenstein an der Abschlussveranstaltung der Aktion "Klimapetition" des Weltkirchenrates in Bonn. • Die **Mitgliederversammlung** fand im März statt. Die langjährigen Vorstandsmitglieder Barbara Banzer und Stefan Becker wurden mit Dank aus dem Vorstand verabschiedet. Barbara Rheinberger stellte sich für zwei weitere Jahre als Präsidentin zur Verfügung und Jürgen Thöny wurde als Vizepräsident bestätigt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Verschiedene Anwesende äusserten sich positiv zur Beschwerdeführung betreffend des Sportplatzausbaus in Vaduz. Anschliessend an die Geschäfte der Versammlung hielt Simonetta Sommaruga, Geschäftsführerin für Konsumentenschutz, einen Vortrag über Gentechnologie und Lebensmittel. • Der Vorstand begab sich dieses Jahr auf seinem zweitägigen **Ausflug** ins Lechtal. Unter der Führung von Pfarrer Karlheinz Baumgartner und dem Limnologen Roland Pechlaner wurde der Vorstand in die Welt des "Lechs" und seiner Zuflüsse eingeweiht. Das Lechtal ist ein interessantes Beispiel für die möglichen Entwicklungen einer Region mit speziellen Naturwerten und verschiedenen Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung. Der Ausflug ermöglichte es, das gesamte Spannungsfeld zwischen Entwicklung und Bewahrung zu diskutieren. • Die **Mitteilungen** an die Mitglieder erschienen viermal. • Die Protokolle der monatlichen Vorstandssitzungen werden weiterhin an rund 80 interessierte Personen und Institutionen verschickt. • Die **Präsenz in den Medien** wird als äusserst wichtig erachtet und den Aktualitäten entsprechend mit Pressekonferenzen, Stellungnahmen und/oder Leserbriefen gewährleistet. Bei wichtigen Themen wurde auch vermehrt die Information von schweizerischen und österreichischen Medien gesucht.

- Am **Fürstenfest** war die LGU mit einem Stand vertreten, an dem weitere Unterschriften für die Gentech-Petition gesammelt, biologischer Wein und ein biologischer Snack angeboten wurden. • Die LGU beschäftigte 1996 vier **PraktikantInnen**. Im März half Christine Luther zwei Wochen lang bei der Erstellung von Beiträgen für den Umweltbericht und den täglichen Arbeiten der Geschäftsstelle mit. Ebenfalls im März recherchierte Raphael Imhof zwei Wochen zum Thema "Ökologische Geldanlagen". Martin Gantner aktualisierte im August zwei Wochen lang diverse Nachschlagwerke und beteiligte sich an der Durchführung der Unterschriftensammlung für die Gentechnologiepetition. Hanspeter Eberle arbeitete im Juli und August einen Monat lang an einem Konzept für einen Rheinwanderweg.
- Die Geschäftsführerin nahm an einem viertägigen **internationalen "Fund-Raising" - Workshop** in Amsterdam teil und erstellte daraufhin ein Konzept für die LGU, das im Vorstand diskutiert wurde und jetzt Schritt für Schritt umgesetzt wird. • Im Mai besuchte sie eine viertägige Weiterbildung zum Thema "Die Welt im Sonderangebot — und der Alpentourismus?"

VORSTAND

Präsidentin

Barbara Rheinberger

Vizepräsident

Jürgen Thöny

Vorstandsmitglieder

Hans Frommelt

Hannes Peter Frommelt

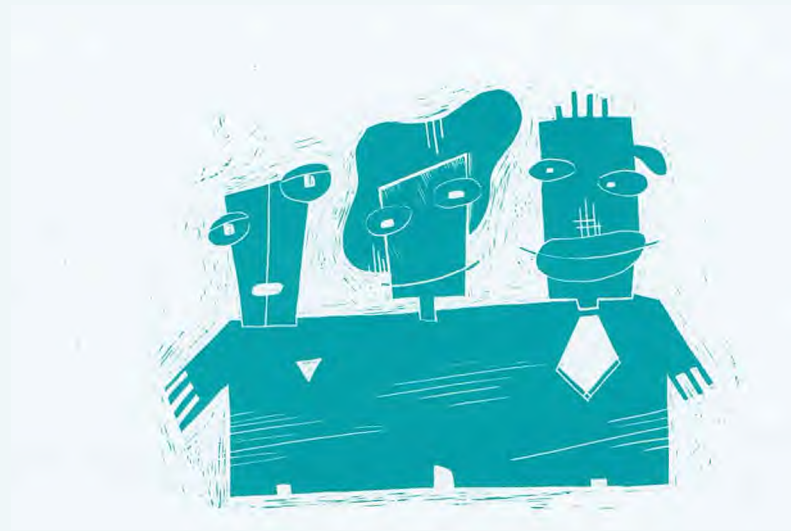
Wolfgang Nutt

Hanspeter Senn

Nelly Verling

Ursula Wachter

•



Stand der Mitglieder			
	1995	1996	1997
Einzelmitglieder	664	664	665
Jugendmitglieder	6	2	4
Kollektivmitglieder	67	66	62
Mitglieder auf Lebenszeit	5	5	5
Ehrenmitglieder	2	2	2
Total	744	739	738

Aufwand in CHF		Ertrag in CHF	
Personal	118'908.72 ¹	Mitglieder	30'495.00
Miete	15'925.00	Land	100'000.00
Verwaltung	20'838.99	Gemeinden	23'220.00
Tagungskosten, Expertisen Fachliteratur, Beiträge an andere Organisationen	21'146.80	Spenden	68'880.00
		Zinsertrag	2'082.12
Publikationen	42'846.05	a.o. Ertrag	840.00
Aktionen	14'447.10	Cipra-FL	30'650.00 ²
CIPRA-FL	12'295.70 ²	Projekte	150.00
Projekte	1'437.40	Sondervermögen	—1'610.81
Sondervermögen	1'357.20		
Reingewinn	5'503.35		
Total Aufwand	254'706.31	Total Ertrag	254'706.31

1 Lohn Sekretariat im Monat März und Dezember doppelt durch zwei Personalwechsel, Weiterbildungskosten sind neu unter Personal.

2 Inkl. CIPRA-Projekt "Allianz in den Alpen"

